

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

Protokoll

30. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 11.35 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Stump (CDU)

Abgeordneter Gorlas (SPD) (Stellv.) (zu TOP 1)

Stenographin: Hesse

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über den Aggerverband (Aggerverbandsgesetz
- AggerVG -)**

Drucksache 11/3515

in Verbindung damit

**Gesetz über den Wupperverband (Wupperverbandsgesetz
- WupperVG -)**

Drucksache 11/3516

und

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Erftverband
(ErftVG)**

Drucksache 11/3517

sowie

**Gesetz über den Niersverband (Niersverbandsgesetz
- NiersVG -)**

Drucksache 11/3518

1

Der Ausschuß berät die Wasserverbandsgesetze abschließend. Die dem Plenum zur Beschlußfassung empfohlenen Fassungen sind in der **Drucksache 11/4693** festgehalten.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz
1993)**

Drucksachen 11/4200 und 11/4626

**Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und
Landwirtschaft**

Vorlagen 11/1549, 11/1550 und 11/1674

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 03 - Innenministerium

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

7

Nach abschließender Beratung der den Umweltausschuß tangierenden Haushaltspositionen der vorgenannten Einzelpläne empfiehlt der

Ausschuß dem Haushalts- und Finanzausschuß die unveränderte Annahme dieser Einzelpläne.

Berichtersteller: Abgeordneter Stump (CDU)

3 Die Gefährdung durch Dioxine verringern - Maßnahmen zur umfassenden Dioxin-Minimierung sind notwendig

Drucksache 11/3939

9

Ohne Aussprache verständigt sich der Ausschuß darauf, zunächst das Votum des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales abzuwarten und dieses dann in die Sachberatung einzubeziehen.

4 Für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Drucksache 11/4163

Vorlage 11/1679

10

Im Laufe der eingehenden Erörterung zieht die antragstellende Fraktion der CDU die Abschnitte III.1 und III.3 zurück. Der so geänderte Antrag wird dem Plenum zur Ablehnung empfohlen.

Unabhängig davon sagt Staatssekretär Dr. Baedeker (MURL) zu, den Ausschuß über das Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens auf Bundesebene zu gegebener Zeit zu unterrichten.

5 Erhalt der Datteln-Waltroper Rieselfelder als Natur- und Erholungsraum

Drucksache 11/4450

15

Der Ausschuß befaßt sich mit dem vorgenannten Antrag der GRÜNEN und merkt vor, ihn für die abschließende Beratung in die Tagesordnung aufzunehmen, sobald das Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vorliegt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 13. Januar 1993

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
30. Sitzung

25.11.1993
he-ma

(Abgeordneter Stump [CDU] übernimmt wieder den Vorsitz.)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Drucksachen 11/4200 und 11/4626

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorlagen 11/1549, 11/1550 und 11/1674

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 03 - Innenministerium

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Vorweg merkt der **Vorsitzende** an, außer von der SPD lägen ihm Änderungsanträge aller Fraktionen zum Haushalt 1993 vor.

Bezugnehmend auf die Erfahrungen der letzten Jahre äußert **Abgeordneter Kuhl (F.D.P.)**, wenn die SPD jetzt erkläre, daß sie für Änderungen, die aus den anderen Fraktionen vorgeschlagen würden, keinen Spielraum sehe, brauchten keine Begründungen vorgetragen und keine Einzelpositionen erörtert zu werden, und der Ausschuß könnte eine Menge Zeit sparen.

Mit Ausnahme der F.D.P.-Anträge habe er die Änderungsanträge der anderen Fraktionen erst heute morgen erhalten, gibt **Abgeordneter Strehl (SPD)** an, so daß in der Fraktion keine Möglichkeit bestanden habe, sie zu erörtern. Vor diesem Hintergrund wäre er mit dem von seinem Vorredner vorgeschlagenen Verfahren einverstanden.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
30. Sitzung

25.11.1993
he-ma

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU) findet den Rückzug, den Abgeordneter Kuhl (F.D.P.) mit seiner Äußerung angetreten habe, nicht gut. Die Änderungsanträge sollten schon beraten werden. Die F.D.P. könne sich ja dann bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Es scheine innerhalb des Hauses Schwierigkeiten zu geben, konstatiert **Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)**, die Post von einer Fraktion zur anderen zu befördern; sie erlebe dies auch in anderen Ausschüssen. Das Problem müsse einmal geklärt werden.

Im übrigen sei auch sie schon daran interessiert, die Anträge inhaltlich zu beraten. Sie meine, wenn bestimmte Argumente ständig wiederholt würden, könnte es sein, daß sich dem einen oder anderen Argument vielleicht auch die SPD - nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein - einmal anschließe.

Die Diskussion um Verfahrensfragen wird noch ganz kurz fortgesetzt, ehe **Abgeordnete Dr. Schraps (CDU)** resigniert darum bittet, über die Anträge der CDU-Fraktion en bloc abstimmen zu lassen.

Daraufhin werden die CDU-Anträge vom **Ausschuß** mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Zu den Anträgen der F.D.P.-Fraktion stellt **Abgeordneter Kuhl (F.D.P.)** heraus, mit Blick auf die prekäre Finanzsituation des Landes handele es sich ausschließlich um Kürzungsvorschläge. Möglicherweise bewege dies die SPD zu einer anderen als der angekündigten Entscheidung.

Die Diskussion dreht sich weiterhin um Verfahrensfragen; Sachargumente zu den vorliegenden Änderungsanträgen werden nicht vorgebracht, so daß der **Vorsitzende** nunmehr auch über die F.D.P.-Anträge en bloc abstimmen läßt.

Der **Ausschuß** lehnt diese Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU ab.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
30. Sitzung

25.11.1993
he-ma

Zu den Anträgen der GRÜNEN führt **Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)** an, sie werde die Begründung, warum ihre Fraktion die Einführung von Öko-Abgaben auf Landesebene für erforderlich halte, in der Plenardebatte darlegen.

Es wäre dann sicher hilfreich, wirft **Staatssekretär Dr. Baedeker (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft)** ein, zugleich die nötigen Gesetzentwürfe vorzulegen; denn die Erhebung solcher Abgaben erfordere gesetzliche Grundlagen.

Der **Ausschuß** lehnt sodann die Anträge der GRÜNEN mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der GRÜNEN ab.

In der **Gesamtabstimmung** über die Haushaltspositionen aus den Einzelplänen 02, 03, 10 und 15, die in die Zuständigkeit des Umweltausschusses fallen, empfiehlt der Ausschuß mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN dem Haushalts- und Finanzausschuß deren unveränderte Annahme.

Die **Berichterstattung** für den Haushalts- und Finanzausschuß übernimmt **Abgeordneter Stump (CDU)**.

3 Die Gefährdung durch Dioxine verringern - Maßnahmen zur umfassenden Dioxin-Minimierung sind notwendig

Drucksache 11/3939

Der Antrag der GRÜNEN ist vom Plenum des Landtages in seiner Sitzung am 1. Juli 1992, Plenarprotokoll 11/68 zur Beratung überwiesen worden. Mitberatend ist der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Abgeordneter Dr. Grüber (GRÜNE) bittet, das Votum des heute zeitgleich tagenden beratenden Ausschusses abzuwarten.

Der **Ausschuß** folgt dieser Bitte, ohne die Sachberatung im einzelnen aufzunehmen.